

Beiträge zur Geschichte der Frankfurter SPD nach 1945

# Politiker und Positionen

**Von der Mehrheitspartei zur Parteienmehrheit**

**III.**

## Inhalt:

### **III.**

#### **Weiterentwicklung und Infrastrukturausbau 1964 bis 1970**

##### **A.**

##### **Neue Rolle der Partei: Zentrum mit Machtanspruch**

- Der Unterbezirksvorstand der Frankfurter SPD -

##### **B.**

##### **Die Stadtverordnetenfraktion: Trennung von Amt und Mandat**

**Wer spielte gleichzeitig im UBV eine Rolle?**

##### **C.**

##### **Turbulenzen bei der Magistratsbesetzung**

**Einstieg in den Strategiewechsel**

### **III. Weiterentwicklung und Infrastrukturausbau 1964 bis 1970**

#### **A. Neue Rolle der Partei: Zentrum mit Machtanspruch**

- Der Unterbezirksvorstand der Frankfurter SPD -

Die Frankfurter Parteispitze wird nach 1965 nachhaltig verändert, teilweise verjüngt: Parteivorsitzender ist seit 1965 Walter Möller, der gleichzeitig als Verkehrsdezernent im Magistrat sitzt. Rudolf Menzer verliert nicht nur seinen Magistratsposten, sondern wird auch auf der Parteiebene verdrängt und vom damals 32-jährigen Gewerkschaftsmann Fred Zander (persönlicher Referent des IG-Metall Vorsitzenden Otto Brenner) als einer von zwei stellvertretenden Parteivorsitzenden abgelöst. Das Urgestein der Frankfurter SPD, Josef Lang (Jola) ist der zweite stellvertretende Vorsitzende.

Neu in den Unterbezirksvorstand (UBV) der SPD Frankfurt ziehen der 28-jährige DGB-Jugendsekretär Hans Michel, der 32-jährige Rechtsanwalt Christian Raabe, der 32-jährige Journalist Karlheinz Berkemeier sowie der 40-jährige Herbert Ehrenberg (Gewerkschafter) und der Rundfunk-Journalist Friedrich-Franz (FriFra) Sackenheim (41) ein.

Ebenfalls neu gewählt – wenn auch schon länger in den vorderen Reihen - wurden Gerhard Weck, 54, der Fraktionsvorsitzende im Römer und Ludwig Gehm, 62, so dass insgesamt 8 der 15 Vorstandsposten neu besetzt wurden (13.3.1967). Die Frankfurter SPD hatte damals 12.300 Mitglieder.

Da sich nicht alle in den Jahren darauf (1968 bis 1971) behaupten konnten oder wollten (Ehrenberg, der mit Unterstützung von Georg Leber ins Bonner Wirtschaftsministerium wechselte, sowie Hans Michel) tauchte eine Reihe weiterer neuer Gesichter im Unterbezirksvorstand auf: Karsten Voigt, Wolfgang Rudzio, Dorothee Vorbeck, Armin Clauss, Rudi Sölch und (wieder) Erich Nitzling, die für einige Zeit der Parteiführung angehörten, wenn auch zu unterschiedlichen „Flügeln“.

Diese personelle Neuorientierung bedeutete noch nicht unmittelbar auch eine politische Richtungsänderung. In Frankfurt hatte sich im politischen Sprachgebrauch durchgesetzt, dass im UBV neben „links-orientierten“ Mitgliedern auch „nicht-linke“ Vertreter saßen, die aber nicht unbedingt als „rechts“ sondern eher als „Mitte-links“ bezeichnet wurden.

Die neuerlichen Turbulenzen um Rudi Menzer, der nun 1966 ganz von der Frankfurter politischen Bühne gestoßen wurde, tragen sicher noch nicht die Handschrift der neuen Akteure im Parteivorstand; hier waren die Macher des Übergangs in Magistrat (Möller) und Fraktion (Weck) am Werk. Und Weck wurde vom Parteitag sogar dafür abgestraft, indem er beim folgenden Jahresparteitag nicht in den Unterbezirksvorstand gewählt wurde. Darüber hinaus zeigte der Verzicht Menzers, Hesselbachs sowie Dieter Hoffmanns und des Ex-Stadtrats Blum auf eine Kandidatur für den Unterbezirksvorstand aber deutlich, dass die alte Garde auf dem Rückzug war.

Im Bundesspektrum der Partei galt die Frankfurter SPD eher als links, was sich zur damaligen Zeit zum Beispiel in der Ablehnung der Notstandsgesetze und in der „Sozialbindung des Wohneigentums“ manifestierte (Hausbesetzungen). Aber auch in parteistrategischen Fragen bezog man gegen Bonn Position: auf Antrag des Unterbezirksvorstands (Vorsitzender: Walter Möller) wurde der Bundesparteivorstand aufgefordert, seine Einstellung zum Sozialistischen Deutschen Studentenbund zu revidieren (Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft bei SPD und SDS).

Geradezu empört war die Frankfurter SPD über das Ansinnen der Bonner Genossen, eine Große Koalition mit der CDU zu bilden. Starke Wortführer waren hier Walter Möller und Rudi Arndt; sie forderten die Frankfurter Bundestagsabgeordneten Georg Leber und Hans Matthöfer auf, ihre befürwortende Haltung zu diesem Vorhaben in einer Wahlkreisdelegiertenkonferenz zu erläutern.

Und auch in Richtung Landespartei erhob der Frankfurter Unterbezirk seine Stimme. Er „regte“ bei den Wiesbadener Genossen an, ein Gesetz zu erlassen, das künftig die Wahl von Landräten, Bürgermeistern und Stadträten (das waren immerhin 18 von 51 Abgeordneten) in den Landtag ausschließen soll. Hintergrund für diese Anregung war, dass diese Abgeordnetengruppe insbesondere bei finanziellen Entscheidungen gegen eine Unterstützung der Stadt

Frankfurt votierte, um mehr Mittel für die eigenen Klientel zur Verfügung zu haben. Damit setzte sich Frankfurt zwar zunächst nicht durch, aber die Lunte war gelegt und zündete in der nächsten Wahlperiode, nachdem die Landespartei auf ihrem Parteitag in Marbach einen entsprechenden Beschluss gefasst hatte.

Die neue, junge und soziologisch veränderte Zusammensetzung des Unterbezirksvorstands zeigte dann doch schnelle erste Wirkungen. Zunächst arbeitete sich der Vorstand an dem beliebten Thema der Fahrpreiserhöhungen ab, indem er der eigenen Fraktion empfahl, die Preiserhöhungen abzulehnen. Und im Frühjahr 1968 gab die kurzzeitige Festnahme Rudi Dutschkes in Frankfurt Anlass für den Parteitag, sich mit dem Verhalten der Frankfurter Polizei auseinanderzusetzen. Der Parteitag begrüßte nachdrücklich, dass Oberbürgermeister Brundert die Festnahme, die von SPD-Stadtrat Kiskalt veranlasst worden war, aufgehoben hatte. Damit war das Thema für den Augenblick zwar befriedet, blieb aber als Blaupause für künftige Debatten in Reichweite.

In der Kommunalwahl 1968 spiegelten sich die sich innerparteilich abzeichnenden Gruppenbildungen noch nicht wider, wenn auch die Kandidatenliste auf den aussichtsreichen Plätzen zur Hälfte aus „Neulingen“ bestand. Dabei schieden nur sieben bisherige Fraktionsmitglieder aus Altersgründen aus.

Wesentlicher Anlass für die personelle Erneuerung war die Vorwegnahme der Umsetzung des Marbacher Beschlusses der Landespartei, demzufolge ein Gesetz über die Unvereinbarkeit von Amt und Mandat erlassen werden soll. (Dies zielte vor allem gegen das Übergewicht der Landräte in der Wiesbadener Landtagsfraktion, kam den Frankfurtern aber auch sehr zu Pass, denn hier saßen auch zahlreiche Amtsinhaber in der Fraktion, die sich damit selbst kontrollierten. Ein willkommener Anlass für die nachrückenden jungen Mitglieder, die nicht auf der städtischen Gehaltsliste standen.)

Mit dieser Entscheidung wurden praktisch 14 Stadtverordnete von einer erneuten Kandidatur ausgeschlossen; weitere sieben zogen sich aufs Altenteil zurück, so dass fast die Hälfte der Fraktion nicht mehr zur Wahl stand.

Angesichts so vieler neu zu besetzender Kandidatenplätze wurde zwangsläufig auf dem Listenparteitag heftig um die

Positionen gerungen. Den Parteitags-Delegierten wurden zwei Vorschlagslisten präsentiert: eine grüne Liste mit den Kandidatenvorschlägen des Unterbezirksvorstands und eine gelbe Liste der „Linken“, auf der weniger die Namen, dafür aber die Reihenfolge im Gegensatz zur grünen Liste zum Teil deutlich verändert wurde.

Am Ende setzte sich aber die vom Unterbezirksvorstand in Abstimmung mit dem Beirat (je zwei Vertreter der Ortsvereine) aufgestellte Liste durch und wurde mit 290 gegen 40 Stimmen, bei 10 Enthaltungen angenommen.

Spitzenkandidat der SPD war der Fraktionsvorsitzende Heinrich Kraft, gefolgt von Gerhard Weck, Frolinde Balsler und Willi Reiss, der ebenso neu auf der Kandidatenliste auftauchte wie Günter Guillaume, Karlheinz Berkemeier, Christian Raabe und Hans Michel.

Die SPD errang die Mehrheit der Sitze im Stadtparlament und konnte sich politisch bestätigt fühlen. Allein der Einzug der NPD in das Stadtparlament warf einen düsteren Schatten auf das Wahlergebnis. (SPD 49,5 (42 Sitze, - 4 Sitze!) CDU 29,9 (25, -1) FDP 11,2 (9) NPD 5,8 (5)).

Grundlage für die politische Arbeit waren die von Walter Möller vorgelegten „Sozialdemokratischen Perspektiven“, die in ihrer kommunalpolitischen Prägung weit über Frankfurt hinaus ausstrahlten.

Auf dem Jahresparteitag im Februar 1969 kam es dann zu einer offenen Konfrontation der „Gruppierungen“. Politischer Auslöser war die Große Koalition in Bonn, die von einem Teil des Frankfurter Unterbezirksvorstands, darunter - wie bekannt - der Vorsitzende Walter Möller, abgelehnt wurde. Wortführer der Befürworter war Gerhard Weck.

Zu dieser Zeit, so stellt die Frankfurter Rundschau fest, „entwickelte man in der Frankfurter SPD einen gewissen Stolz, anderer Meinung zu sein als der Vorstand der Gesamtpartei“. Verteidigungsfragen, Notstandsgesetze, das Verhältnis zur DDR, Grenzfragen und die Zusammenarbeit mit der neuen außerparlamentarischen Opposition und natürlich die Frage der großen Koalition in Bonn – diese Themen gaben hinreichend Anlass zu Gegenpositionen. „Hier wird gerne alles grundsätzlich gesehen, Pragmatismus findet kaum Boden“, kommentiert die FR und die WELT konstatierte: In Frankfurt hielten Sozialdemokraten

sich schon immer einiges darauf zugute, das linke Gewissen ihrer Partei zu sein.

Vor diesem Hintergrund kam es zu einer dünnhäutigen Reaktion des Bonner Parteivorstandes gegen die Frankfurter Partei. Der stellvertretende Parteivorsitzende in Frankfurt, Fred Zander, wurde mit einem Parteiordnungsverfahren überzogen, weil er gefordert hatte, dass Abgeordnete in Bonn, die für die Notstandsgesetze gestimmt haben, nicht wieder nominiert werden sollten. Dies zeigt deutlich, dass Politiker, die in Frankfurt zur „Mitte“ gezählt wurden, unter bundespolitischen Gesichtspunkten schnell zu „Linken“ abgestempelt wurden. Der Vorgang zeigt aber auch, wie willkürlich die Abgrenzung in links oder rechts war, denn die Ablehnung der Notstandsgesetze durch Zander war sicher nicht seiner Zugehörigkeit zu einem Flügel in der Partei geschuldet, sondern seiner Nähe zur Gewerkschaft.

Zur Vorbereitung der anstehenden Vorstandswahlen trafen sich die „Möller-Gruppe“ (darunter Fred Zander, Josef Lang, Hans Wöll) im Hotel Savigny und die konkurrierende „Weck-Gruppe“ (Richard Burkholz, Adalbert Sigulla, nach der Meinung von Zeitgenossen „ein Häuflein Versprengter“) im Haus Riederwald, um die personelle Strategie festzulegen.

Dass Oberbürgermeister Brundert diese Gruppenbildung kritisierte, hat an ihrem Fortbestand nichts geändert.

Der Unterbezirksparteitag bezog eindeutig Stellung: Möller wurde mit 239 Stimmen als Vorsitzender bestätigt; sein Gegenkandidat Weck erhielt (nur) 115 Stimmen. Auch bei der Wahl der beiden stellvertretenden Vorsitzenden setzten sich die „Möller-Leute“ Zander und Sackenheim ebenso eindeutig gegen die „Weck-Leute“ Richard Burkholz und Horst Born durch.

Mit diesem Wahlergebnis war auch eine andere, die Partei extrem belastende innerparteiliche Konfrontation zunächst geklärt: die schwelende Kontroverse mit den Jungsozialisten und den Links-Aktivisten der außerparlamentarischen Opposition - wir schreiben das Jahr 1968 - um Häuserbesetzungen und Polizeieinsätze hatte den Unterbezirksvorstand im Oktober veranlasst, die Mitglieder des Vorstands der Frankfurter Jungsozialisten ihrer Funktionen zu entbinden mit der Aufforderung, sich von öffentlichen Aktionen einzelner Jungsozialisten zu distanzieren, die der Lan-

desregierung und Oberbürgermeister Brundert Gestapo-Methoden und faschistisches Verhalten anlässlich von Polizeimaßnahmen vorgeworfen hatten.

Insofern war es nicht überraschend, dass sich die Jusos von der Partei am Gängelband geführt fühlten und sich vom Vorstand des Unterbezirks unabhängig machen wollten. Die Neuwahl des Juso Vorstands mit dem 22jährigen Wolfgang Streeck brachte eher eine Verschärfung des Konflikts mit der Mutterpartei.

Politisch brisant wurde die innerparteiliche Diskussion im Zuge der lokalen Tagesereignisse, insbesondere vor dem Hintergrund der Frage einer Zusammenarbeit mit der Aüßerparlamentarischen Opposition – willkommener externer Schauplatz für die Klärung von innerparteilichen Machtansprüchen. Eigenständige Medienpolitik und autonome Kooperationsvereinbarungen mit anderen politischen Gruppen ohne vorherige Absprache mit dem Parteivorstand – diese Forderungen wurde mit der Drohung erhoben, dass man andernfalls die Frankfurter Juso-AG auflösen und eine eigene selbständige Jugendorganisation gründen wolle.

Die Chronistin der Stadtgeschichte von 1945 bis 1989, Frolinde Balsler, charakterisierte die Motive der jungen Aktivisten recht treffend: „Die Wahlen 1968 interessierten die aufmüpfigen Studenten weniger, sie waren damals zwar an grundsätzlichen gesellschaftspolitischen Fragen interessiert, aber durchaus unpolitisch gegenüber Tagesereignissen.“

Als im Dezember 1969 Dorothee Vorbeck, die gleichzeitig Besitzerin im Unterbezirksvorstand war, zur neuen Jusovorsitzenden und Rainer Eckert zu ihrem Stellvertreter gewählt wurden, waren zwar Personen ausgetauscht, nicht aber die inhaltlichen Positionen, die der Jugendverband verfolgte. Die bürgerliche Presse argwöhnte: „In der Frankfurter SPD vollzieht sich offenbar von unten her ein durchgreifender Wandel. Radikale Gruppen sind dabei, andere Mehrheitsverhältnisse zustande zu bringen und auf der Delegiertenebene neue Fakten zu schaffen“ womit die Auseinandersetzungen den kommenden Monate und Jahren heraufbeschworen waren.

### **Verschiebungen im Gefüge der Machtbalance**

Wie so oft waren es Satzungsentscheidungen, die die politische Wende einläuteten bzw. erzwangen.



Noch im November 1969 misslang der Versuch der Linken, die Bundestags- und Landtagskandidaten nicht mehr von gesonderten Wahlkreisdelegierten-Konferenzen, sondern vom Unterbezirksparteitag wählen zu lassen. Hintergrund dieses Vorstoßes war, dass im Bundestagswahlkreis 140 der „rechte“ Flügel eine Mehrheit hatte, während der Unterbezirksparteitag als mehrheitlich links galt. Konsequenz wäre gewesen, dass nicht Georg Leber, sondern wahrscheinlich der frühere Jusovorsitzende Karsten Voigt nominiert worden wäre.

Aber schon im Dezember 69 gab es erneut Streit, diesmal über den Modus für die Nominierung der Stadtverordneten-Kandidaten. Bis dahin war es üblich, die Kandidatenliste nach inhaltlich-politischen und regionalen Gesichtspunkten zusammenzustellen und in jeweils einzelnen 5er-Blöcken zu bestätigen. Auf dem Parteitag wurde gefordert, die Liste künftig nach der Zahl der Stimmen, die ein Kandidat in direkter Wahl auf dem Parteitag erhält, zu erstellen.

Walter Möller musste mit Rücktritt drohen, um die bisherige Praxis zu retten. Der Vorgang zeigt erneut, wie grobschlüchtig die Einteilung in „rechts“ und „links“ ist (Möller galt immer als links, widersprach in diesem Punkt aber „den Linken“ des Parteitages); andererseits zeigt er aber auch, dass eine gewichtige Gruppe in der Partei über Struktur- und Satzungsfragen die Dominanz des Parteitages im Kräftespiel zwischen Partei, Fraktion und Magistrat festzurren wollte.

Musste der Parteitag hier noch „klein begeben“, setzte er sich aber in zwei anderen - weit wichtigeren - Punkten durch: Der Unterbezirksparteitag erfocht im Januar 1970 per Mehrheitsbeschluss das Recht, Kandidatenvorschläge der Partei- oder Magistratsführung für die Besetzung freier Magistratsposten oder für die Wiederwahl von Magistratsmitgliedern zu bestätigen oder abzulehnen.

Außerdem durften Stadtverordnete nicht mehr stimmberechtigt an Unterbezirksparteitagen teilnehmen, wenn sie von ihren Ortsvereinen nicht als Delegierte dorthin gewählt wurden. Die Medien bewerteten dies als „Sieg der Parteiorganisation über die gewählten Volksvertreter“. Im Zuge dieser Debatte tauchten nun auch Stimmen auf, die die „Koalition im Magistrat“ mit der CDU in Frage stellten.

Fast zwangsläufig setzte sich die Linksorientierung in der UBV-Zusammensetzung im Frühjahr 1970 fort: „Lupenrein links“ titelt die FAZ ihren Artikel über die Wiederwahl Möllers als UB-Vorsitzender und die Wahl Fallers und Zanders zu Stellvertretern. Neu im Vorstand waren Fred Gebhard, Armin Clauss und Hartmut Holzapfel. Dass diese Apostrophierung als „links“ nicht auf alle Beteiligten zutraf, sei am Rande angemerkt; Zander und Clauss galten zweifellos als „Gemäßigte“.

Die Diskussion um die Akzeptanz der großen Koalition in Bonn und deren Politik schwelte in der Frankfurter Partei weiter. Der Widerstand dagegen war offenbar so groß, dass sich im Vorfeld des Novemberparteitages 1970 eine Gruppe von 50 bis 60 „Freunden und Förderern des Godesberger Programms“ bildete, deren Wortführer der Stadtrat Kiskalt war, um dem Pro-Bonner-Kurs mehr Kraft zu verleihen. Da er mit dieser Strategie keine Mehrheit fand, war Kiskalt „folgerichtig der erste Leidtragende“ des „Bestätigungsrechts“, das sich der Parteitag erkämpft hatte: Eine Wiederwahl des für Innere Verwaltung/Recht zuständigen Stadtrats Hans Kiskalt - „ein zögerlicher Bürokrat“ (ein Insider), der sich mit Möller überworfen hatte - wurde von der Partei im Vorfeld einer möglichen Entscheidung abgelehnt. Ihm folgte nach einem mühsamen Findungsprozess der – unter anderem von den Jusos favorisierte – junge Rechtsanwalt Peter Jäkel aus Darmstadt als Personaldezernent.

**B.**  
**Die Stadtverordnetenfraktion: Trennung von Amt und Mandat**

Die Turbulenzen der Bürgermeisterkrise fanden in der Kommunalwahl im Oktober 1964 keinen nennenswerten Niederschlag: Die SPD bügelte die leichte „Delle“ des 1960er Wahlergebnisses aus und errang 46 der inzwischen auf 81 erhöhten Mandate im Stadtparlament. Offenbar war das Vertrauen der Wähler in den neuen Oberbürgermeister Brundert so groß, dass die Partei aus dem Possenspiel des Sommers keinen Schaden nahm. Allerdings war die Wahlbeteiligung auf enttäuschende 67 Prozent zurückgegangen, was deutlich unter dem Landesdurchschnitt von 75 Prozent lag.

Auch die Zusammenarbeit der beiden großen Fraktionen, SPD und CDU stand nicht zur Disposition, obwohl erste Klagen zu hören waren, dass es in Frankfurt so etwas wie „Regierung und Opposition“ nicht gibt.

Der SPD war an einer Alleinregierung nicht gelegen, da man sich sonst allerlei Agitationsanträgen ausgesetzt sehen könnte. Und die Fraktion hatte die Einstellung, dass das Parlament als Ganzes, wenn nötig, hinreichend Opposition gegen Magistratsvorlagen geltend macht.

So war es nicht verwunderlich, dass die konstituierenden Wahlen der Führungsgremien in der Fraktion und der Stadtverordnetenversammlung zu Beginn der 6. Wahlperiode geräuschlos über die Bühne gingen. Heinrich Kraft wurde wieder Stadtverordnetenvorsteher und Gerhard Weck übernahm die Fraktionsführung, unterstützt von dem südhessischen Parteisekretär Wilhelm Wiedemann und Hermann Günkel als stellvertretende Fraktionsvorsitzende,

Und auch der Magistrat wurde zum Jahresende einstimmig um den „Regierungsvizepräsidenten aus Darmstadt“, Hans Kiskalt ergänzt, der den - durch den Tod von Georg Treser - freigewordenen Posten übernahm.

Richtig munter wurde es dann aber Anfang 1966 wieder im Macht- und Postengeplänkel, als die SPD - fast aus heiterem Himmel - ihren „Mann der ersten Stunde“, Rudolf Menzer kalt stellte.

Das Ereignis selbst wurde bereits im Zusammenhang mit der Partei geschildert. Ob nun die Magistratsgruppe auf Initiative von OB Brundert oder die Partei mit dem Vorsitzenden Walter Möller, der ja auch dem Magistrat angehörte, als treibende Kraft hinter der Ablösung Menzers steckte, wurde öffentlich nicht transparent. Die Fraktion jedenfalls stand zwischen beiden Polen und musste sich entscheiden, wie die Weichen gestellt werden sollten, denn diese Personalentscheidungen sind Sache des Stadtparlaments.

Wie es heißt, hat die Fraktion lange mit sich gerungen; lautstark und erbittert soll es zugegangen sein bis man sich entschloss, im Interesse einer weiterhin gedeihlichen Zusammenarbeit von SPD und CDU Menzer fallen zu lassen, damit der CDU-Mann Fay Bürgermeister werden konnte. Die CDU hatte bekanntlich diesen Posten für sich reklamiert, nachdem OB Brundert die Kämmerei unbedingt einem Sozialdemokraten anvertrauen wollte. Den Vollzug dieses Arrangements verkündeten SPD-Chef Möller und Fraktionsvorsitzender Weck gemeinsam der Öffentlichkeit; dabei klang allerdings durch, dass der Parteivorsitzende dem Genossen Menzer den „Verzicht“ auf eine Wiederwahl abgerungen hat.

Wie aufgebracht die Stimmung im Parlament war, deuten die Abstimmungsergebnisse an; sie waren bemerkenswert: Obwohl der Magistratswahlausschuss die Kandidaturen einstimmig befürwortet hatte, wurde im Plenum nur der künftige Kämmerer, Hubert Grünwald, ohne Gegenstimme gewählt. Gegen Fay als Bürgermeister stimmten dreizehn, gegen den zweiten zur Wahl stehenden CDU-Dezernenten Gerhardt sogar fünfzehn Stadtverordnete. Bachmann (CDU) erhielt nur eine Gegenstimme.

In den Medien wurde vermutet, dass die "Abtrünnigen" damit wohl dreierlei dokumentieren wollten: 1. Unwillen gegen den von vielen als Ausbootung empfundenen Verzicht auf die Wiederwahl des bisherigen Bürgermeisters Rudolf Menzer; 2. Unzufriedenheit mit dem von der SPD herbeigeführten Ämtertausch Bürgermeister/Kämmerer zwischen Sozialdemokraten und CDU; 3. Ablehnung des CDU-Landesvorsitzenden Fay als Frankfurter Bürgermeister. Als ebenso sicher galt, dass zumindest ein großer Teil der Stimmen gegen die Wiederwahl Gerhardts, des Frankfurter CDU-Vorsitzenden, aus den Reihen der eigenen Fraktion kamen.

Ein anschauliches Beispiel für die Gemengelage von Zuständigkeit, Kompetenz und Einfluss-Ansprüchen zwischen den drei politisch agierenden Gruppen - Partei, Fraktion und Magistratsgruppe - lieferten die Beteiligten Mitte 1967: Der Magistrat, genauer der Verkehrsdezernent Walter Möller schlug in Wahrnehmung seiner Dezernats-Verantwortung eine Fahrpreiserhöhung im öffentlichen Nahverkehr vor.

Der SPD-Vorstand, Vorsitzender Walter Möller, und der Parteibeirat sprachen sich öffentlich gegen die Fahrpreiserhöhung aus, damit nicht noch mehr Straßenbahnnutzer aufs Auto umsteigen.

Die Fraktion saß damit in der Zwickmühle. Rechtlich stand es der Partei nicht zu, sich in solche Details der städtischen Verwaltung einzumischen; das autonome Beschlussorgan ist die Stadtverordnetenversammlung. Politisch aber knickte die Fraktion ein und entsprach dem Parteiwillen, womit das Problem der Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs ungelöst blieb und acht Jahre später, bei Einführung des neuen Verkehrsverbundes FVV mit umso größerer Wucht sowohl politisch als auch wirtschaftlich virulent wurde. Mit Demonstrationen und gewalttätigen Ausschreitungen, deren Ausmaß viele schockierte, provozierte die außerparlamentarische Opposition entsprechende Gegenmaßnahmen der Polizei, die dann wiederum heftig in die Kritik gerieten. Da nützte es auch nichts, dass SPD, CDU und FDP die deutlich höheren Preise für den neuen FVV in der Stadtverordnetenversammlung nahezu einstimmig gemeinsam beschlossen haben.

Dies waren die Spätfolgen eines politischen Stils, den die Frankfurter Partei zu etablieren begann, als die Kriegs- und Nachkriegsjahrgänge die Meinungshoheit an der Basis reklamierten. Die Partei hat es nicht geschafft, sozialdemokratische Konzepte für die Kommunalpolitik zu entwickeln, für deren Umsetzung dann die Fraktion und der Magistrat hätte sorgen können. Statt dessen begnügte man sich, mit vordergründig populistischen Detailthemen Aufmerksamkeit und Zustimmung zu gewinnen, was aber mangels einer überzeugenden Gesamtkonzeption nicht gelang.

### **Weitere Verschärfung des Prinzips: Trennung von Amt und Mandat**

Für die Römerfraktion der SPD bedeutete die Kommunalwahl 1968 eine gewisse Zäsur: Durch den Beschluss auf Landesebene, dass ein Amtsinhaber im Öffentlichen Dienst nicht gleichzeitig ein Parlamentsmandat innehaben kann, änderte sich die Struktur der Parlamente, auch im Römer, radikal. Der Anteil der gut ausgebildeten Berufstätigen außerhalb des Öffentlichen Dienstes stieg in der SPD-Römerfraktion deutlich an, was durchaus Folgen für die Themenschwerpunkte in der Kommunalpolitik hatte, z.B. ein steigendes Interesse für kulturpolitische Fragen. Vor diesem Hintergrund wird der Erfolg des 1970 neu berufenen Kulturdezernenten Hilmar Hoffmann verständlich.

Die Fraktion insgesamt erlebte eine deutliche Veränderung: 24 der 42 Fraktionsmitglieder (vier weniger als 1964) wurden erstmals in die Stadtverordnetenfraktion gewählt oder rückten im Verlauf der Wahlperiode nach; die später prominentesten waren Willi Reiss, der 1971 Stadtverordnetenvorsteher wurde, Hermann Sautner, Johannes Düttmann, Karlheinz Berkemeier, Erwin Schöppner, Klaus-Dieter Streb. Nur 23 Abgeordnete gehörten auch schon der vorherigen Stadtverordnetenversammlung an.

Die SPD-Fraktion wurde nach der Wahl 1968 wieder von Gerhard Weck geführt, der damit seinen zweiten Amtszyklus antrat. Stellvertreter waren Hermann Günkel und Wilhelm Wiedemann, ab 1969 dann Willi Reiss (erstmals). Als Beisitzer wurden, Erich Bärmeier, Johannes Düttmann (beide erstmals) Elly Schmidt und Hermann Sautner gewählt.

Als Stadtverordnetenvorsteher wurde nach der Kommunalwahl 1968 Heinrich Kraft (SPD) bestätigt, der dieses Amt seit 1962 innehatte. (Er starb am 22. Januar 1971 und wurde am 11. Februar 1971 durch Willi Reiss (SPD) ersetzt.)

Der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher konnte dann von der zweitstärksten Fraktion, der CDU benannt werden; sie nominierte Hans-Ulrich Korenke.

Um das Kräfteverhältnis in diesem Führungsgremium etwa dem Wahlergebnis anzugleichen, stellte die SPD einen der beiden Schriftführer, Ilse Monika Fantasy (SPD), die FDP

mit Annemarie Haring den zweiten und von den insgesamt drei Beisitzernposten wurden zwei von der SPD (Karl Öttinger und Hermann Sautner) und einer von der CDU (Ludwig Jost) besetzt..

Die Fraktionsführung der SPD konstituierte sich zunächst in gewohnter Weise. Aber ein Jahr später (Ende 1969) vollzog sich in der Führung der Stadtverordnetenfraktion eine – wie es in den Medien – hieß – Linksorientierung: Der Gewerkschafter Willi Reiss rückte zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden auf und verdrängte damit den südhessischen Parteisekretär Willi Wiedemann, Frolinde Balser und der Schulrektor Adalbert Sigulla, die beide als eher „Gemäßigte“ galten, scheiden aus dem Fraktionsvorstand aus. Andererseits konnte der als links geltende Parteisekretär Erich Nitzling nicht in die Fraktionsführung einziehen.

In seiner neuen Funktion betrieb Willi Reiss von Anfang an eine „Politisierung“ der Stadtverordnetenversammlung. So führte er einerseits den „Parlamentsabend“ und Diskussionsabende im Limpurgsaal ein – Foren für die Begegnung von Parlamentariern mit den Bürgern. Für die strukturelle Machtbalance zwischen Magistrat/Verwaltung und Parlament waren allerdings seine Bemühungen, die Stellung der Stadtverordnetenversammlung gegenüber der Verwaltung zu stärken bzw. aufzuwerten, wichtiger.

In ihrem Fakten reichen Buch „Aus den Trümmern zu einem Europäischen Zentrum“ würdigt Frolinde Balser – eine Insiderin – diese Verdienste von Willi Reiss: Er habe nahezu ausschließlich vom „Stadtparlament“ gesprochen und damit der verbreiteten juristischen Auffassung widersprochen, dass die Stadtverordnetenversammlung der verlängerte Arm der Verwaltung sei – ein politisches Ziel, das Frolinde Balser als Reiss' nachfolgende Stadtverordnetenvorsteherin intensiv weiter verfolgte.

Die Wahl von zwei neuen Beisitzern in den Fraktionsvorstand – der Verleger Erich Bärmeier und der Jurist Johannes Düttmann, IG Metall – wurde in den Medien als Stärkung des linken Flügels gewertet, obwohl beide in der Folge nicht mit vermeintlich „linken“ Positionen aufgefallen sind. Daran änderte auch Bärmeiers Kritik an der Darstellung der Fraktionsarbeit als „außerordentlich langweilig“ nichts, die ihn eher als eigenwilligen Kopf, denn als Linken bekannter machte.

Insgesamt spielte die Fraktion in dieser Zeit keine „laute“ Rolle. Vorsitzender Weck galt als rechter Dogmatiker - angesichts der leidenschaftlich diskutierenden Basis keine gute Voraussetzung für eine Zusammenarbeit. Nachfolger Martin Berg galt dagegen als konzilient und ausgleichend, führte aber nicht zu einer Dominanz der Fraktion.

Ein weiterer Sargnagel für die Autonomie der Fraktion war der Beschluss des Unterbezirksparteitages im Dezember 1969, der Partei bei der Besetzung von Magistratsposten ein Vetorecht einzuräumen.

Der erste Leidtragende dieses Beschlusses war dann schon im Februar 1970 Hans Kiskalt, für dessen Wiederwahl im Parteitag keine Mehrheit zu erwarten war, da er in der Diskussion über die Verhältnismäßigkeit von Polizeieinsätzen bei Demonstrationen die rechtliche Bewertung vor die politische stellte und der Frankfurter Partei den Vorwurf machte, sie weiche in erheblichem Maße vom Godesberger Programm ab. Der Parteivorstand beschloss deshalb einstimmig, der Fraktion vorzuschlagen, Kiskalt nicht wiederzuwählen. Und die Fraktion „gehorchte“, aber wie? Mit 17:16 Stimmen, bei zwei Enthaltungen und sieben abwesenden Abgeordneten; klare Mehrheiten sehen anders aus. Die „Minderheit“ in der Fraktion bedauerte diese Entscheidung, da man die fachlichen Qualitäten Kiskalts schätzte, fügte sich aber darein, das „die politische Hürde des linken Flügels“ nicht zu überwinden sei. Die Fraktion war gespalten. Nun gab es nicht nur in der Partei sondern auch in der Fraktion zwei Flügel, die bei jeder Gelegenheit um die Vorherrschaft stritten - ein Zustand, der die nächsten Jahre das Bild der Frankfurter SPD prägte.

### **Große Fluktuation in der 7. Wahlperiode**

Der Vorsitz in der SPD-Fraktion wechselte zunächst am 1.10. 1970 zu Martin Berg, nachdem Gerhard Weck aus der Stadtverordnetenversammlung ausgeschieden war, und dann noch einmal ab 1. Juni 1972 zu Hans Michel, weil Martin Berg in den Magistrat gewählt wurde. Mit ihm trat wieder Kontinuität ein: Abgesehen von dem kurzen Interregnum von Rudi Arndt nach der verlorenen Kommunalwahl (1977 bis 1979) führte Michel die Fraktion dann bis 1985.

Auch er war um eine Stärkung der Stellung des Parlaments gegenüber Magistrat und Verwaltung bemüht. Und innerhalb des Parlaments drängte er auf eine Stärkung der



SPD-Fraktion: Künftig soll die Mehrheitsfraktion auch alle Ausschussvorsitzenden stellen.

Die personellen Wechsel während dieser 7. Wahlperiode brachten für die SPD-Fraktion eine weitere Verjüngung. Ausgeschieden sind im Laufe der Wahlperiode:  
Martin Berg, Geschäftsführer (bis 6.7.1972);  
Günter Guillaume, Geschäftsführer der Partei (bis 30.6.1971; Wechsel nach Bonn),  
Heinz Heirich, Prakt. Arzt (bis 31.8.1971),  
Heinrich Kraft, Direktor i.R. (bis 22.1.1971)  
Albert Knorr, Pensionär (gest. 4.10.1972)  
Erich Nitzling, Kaufmann (bis 30.11.1970)  
Gerhard Weck, Angestellter (bis 30.9.1970)  
Willi Wiedemann, Angestellter (bis 30.9.1970),  
wovon Berg, Weck, Kraft und Wiedemann bis zu ihrem Ausscheiden in der vorderen Reihe gearbeitet haben.

Nachgerückt sind:

Heinz Bayer, Gewerkschaftssekretär (ab 1.7.1971),  
Heinz Engel, Fernmeldeobersekretär (ab 1.10.1970),  
Traudl Franz, Angestellte (ab 1.12. 1970),  
Elisabeth Geißler, Chemie-Facharbeiterin (ab 1.9.1971),  
Heinrich Hertslet, Gewerkschaftssekretär (ab 1.10.1970),  
Walter Lange, Kaufmann (ab 23.1.1971),  
Karl Otto, Techn. Angestellter (ab 7.7.1972).  
Die Nachrücker spielten allerdings in der Folge keine dominierende Rolle in der Fraktion.

Hinsichtlich des politischen Gewichts der handelnden Personen geben die Wahlergebnisse etwas Aufschluss: Michel bleibt Fraktionsvorsitzender mit 34:8 Stimmen. Stellvertreter: Grete von Lösch, 42 Stimmen u. Erwin Schöppner, 31 Stimmen. Die Beisitzer wurden mit folgenden Stimmzahlen gewählt: Hans Düttmann (37), Klaus-Dieter Streb (32), Karl Heinz Berkemeier (30), Hartmut Holzapfel (25), Herrmann Sautner (14)

Mit dem plötzlichen und unerwarteten Tod von Willi Brundert endete das zweite Kapitel der Geschichte der Frankfurter SPD nach 1945, das wir mit „Weiterentwicklung und Infrastrukturausbau“ überschrieben haben.

Mit der Wahl Walter Möllers zum Oberbürgermeister schlug in der Partei die Stunde der Polarisierer, die auch im Römer der veränderten politischen Landschaft in der Republik Rechnung getragen sehen wollten.

Das Procedere zur Wahl Möllers veranschaulicht sehr plastisch, wie es um die - immer wieder zu prüfende - Frage der Machtverteilung zwischen den Institutionen bestellt war.

Dass der einstimmige Vorschlag der Siebener-Kommission vom Unterbezirksvorstand zustimmend zur Kenntnis genommen wurde, war noch regelgerecht. Danach entbrannte aber eine Diskussion, ob nun der Parteitag als nächste Institution votieren müsse und die Fraktion danach nur noch ihr „Abnickungsrecht“ wahrnehmen dürfe oder ob zunächst die Fraktion ihr Votum abgeben müsste, das dann auf dem Parteitag zur Zustimmung vorgelegt werden soll.

Die Fraktion nahm ausnahmsweise mal ihr Herz in die Hand und votierte in einer dem Parteitag vorgezogenen Sondersitzung mit 29 von 36 anwesenden Fraktionsmitgliedern für Möller. Der Fraktionsvorsitzende Weck rechtfertigte das „Vorpreschen“ der Fraktion mit dem Hinweis, dass es falsch wäre, die Fraktion quasi zum Zustimmungsgremium von Parteitagsbeschlüssen zu entwerten. Die Fraktion signalisierte damit nach außen, dass sie in dieser Frage die entscheidende Institution sei, obwohl die jüngst geänderte Satzung der Partei eine andere Sprache spricht. Diesmal also ein Punktsieg für die Fraktion, die - Satzung hin, Satzung her - Fakten geschaffen hat.

Mit der Berufung Hilmar Hoffmanns zum Kulturdezernenten, als Nachfolger der FDP-Manns vom Rath, ging die Auseinandersetzung in die nächste Runde. Die Presse registrierte süffisant, dass der neuen Satzung nach zunächst außerparlamentarische Parteigremien über Bewerber für öffentliche Ämter entscheiden: der Unterbezirksvorstand und der Parteibeirat; ihr Votum ergeht dann als Vorschlag an die Fraktion. Doch auch diesmal kam es anders: Die gesamte Fraktion hatte verlangt, dass sie gemeinsam mit dem Unterbezirksvorstand der Partei die Kandidaten für das Kulturdezernat befragen könne. Die Fraktion hatte sich also auch hier dem unausgesprochenen imperativen Mandatsanspruch widersetzt und Fakten geschaffen.

Merke: Wenn man ohnehin einer Meinung ist, kommt es doch auf Satzungsvorschriften nicht an. Immerhin hatte die Fraktion die Initiative ergriffen und sich faktisch die Priorität, die ihr durch die Satzungsänderung beschnitten war, zurückgeholt.

Die dritte Runde dieses Machtpokers ging zunächst an die Partei. Der Unterbezirksvorstand und die Fraktion hatten sich auf den DGB-Kreisvorsitzenden Willi Reiss als Kandidaten für das Personaldezernat in der Nachfolge für Hans Kiskalt geeinigt. Er war allerdings schon ein Kompromisskandidat, nachdem die „Linken“ Fritz Opel und die „Rechten“ Gerhard Weck durchsetzen wollten.

Nun setzte die linke Mehrheit des Parteitags das wohlfeile Argument ein, das satzungswidrige Vorgehen des Vorstands, die Fraktion im Vorfeld in die Entscheidungsfindung einzubinden, mache den Parteitag zum Hampelmann und der Parteitag verweigerte Reiss die Zustimmung. Er erhielt zwar 155 Ja- und nur 150 Nein-Stimmen bei 46 Enthaltungen; für die satzungsmäßig vorgeschriebene absolute Mehrheit reichte das aber nicht aus.

Die Besetzung des offenen Posten eines Personaldezernenten erfolgte dann letztlich doch in der von der Fraktion geforderten Reihenfolge und der Parteitag stimmt dem Vorschlag Peter Jäkel, Arbeitsrichter in Darmstadt mit 331 gegen 17 Stimmen zu.

Diese personalpolitischen Machtspielchen waren allerdings nur der Auftakt für die Kernfrage der nächsten Jahre: Wie hältst Du es mit der Römerkoalition?

### **Wer spielte gleichzeitig im UBV eine Rolle?**

Zu Beginn dieser Wahlperiode gehörte keines der führenden Fraktionsmitglieder gleichzeitig dem Unterbezirksvorstand der Frankfurter Partei an. Gerhard Weck, bis September 1970 Fraktionsvorsitzender, wurde nur 1971 für ein Jahr Beisitzer im UBV; sein Nachfolger Martin Berg rückte in der Partei im Februar 1972 zum stellvertretenden Vorsitzenden auf, gab diese Funktion aber wieder auf, als er in den Magistrat gewählt wurde.

Die Fraktionsmitglieder Raabe (ab 1968) und Nitzling (ab 1971) waren gleichzeitig Mitglieder im Unterbezirksvorstand; alle anderen hatten keine repräsentativen Parteifunktionen. Eine bemerkenswerte Trennung von Amt und Mandat – mit allen Vor- und Nachteilen, die damit verbunden sind.

### **C. Turbulenzen bei der Magistratsbesetzung**

- Die Partei trennt sich von Bürgermeister Menzer -

In der Phase des Wiederaufbaus nach dem zweiten Weltkrieg war es nahezu selbstverständlich, dass auch der hauptamtliche Frankfurter Magistrat – wie der ehrenamtliche – ein „All-Parteien-Magistrat“ war. Oberbürgermeister Walter Kolb 1948: der „Wiederaufbau-Erfolg ist nur durch sachliche und durch großes Verantwortungsbewusstsein getragene Zusammenarbeit der beiden großen Parteien möglich geworden“.

Mindestens bis 1966 galt dies unangefochten als Erfolgsmodell, obwohl die SPD seit 1956 in der Stadtverordnetenversammlung die absolute Mehrheit hatte. Noch Oberbürgermeister Brundert (1964 bis 1970) hatte seine Funktion ausdrücklich nicht als Parteiamt empfunden, es müsse vielmehr „erfüllt sein von der steten Bereitschaft für alle Bürger in gleicher Weise und ohne Ansehen der Person wirken zu wollen“. Dementsprechend war Brundert auch von 63 der 75 anwesenden Stadtverordneten gewählt worden.

Und vor der Kommunalwahl 1964 fand die Einschätzung: „Regierung und Opposition gibt es in Frankfurt nicht“ breite Zustimmung. Nur gelegentlich wurde neben der Notwendigkeit, im Interesse der Stadt gemeinsame Politik machen zu wollen, auch ein parteipolitisches Motiv genannt: Zöge die CDU, so wird argumentiert, ihre hauptamtlichen Magistratsmitglieder zurück, so wäre der letzte Damm gegen hemmungslose Überflutung aller Ämter mit Sozialdemokraten gebrochen, die Informationsquellen in den Ämtern würden versiegen.

Und auch die SPD gab - hinter vorgehaltener Hand - zu, an einem Alleingang im Magistrat nicht interessiert zu sein, so der Fraktionsvorsitzende Gerhard Weck, im Besitz der absoluten Mehrheit alle hauptamtlichen Stadtratsposten nach ihrem Geschmack zu besetzen. Verantwortung aber erziehe zu verantwortlichem Handeln.

Der Wille zur parteiübergreifenden Zusammenarbeit war im Magistrat so unerschütterlich, dass CDU und auch die FDP bei anstehenden personellen Veränderungen immer wieder versuchen konnten, ihre Positionen nicht nur zu verteidigen, sondern sogar auszubauen.

Beispielhaft sei hier das Schachern um Posten genannt, das sich während der „Bürgermeisterkrise“ 1964 abspielte. Während in der Öffentlichkeit und den Medien Vorbehalte gegen Rudolf Menzer als OB-Kandidat kursierten, signalisierte die CDU, Menzer mit zu wählen, wenn statt Möller ein CDU-Mann Bürgermeister würde, was sich durch den Verzicht Menzers dann zunächst erledigte, zwei Jahre später aber wieder auf die Tagesordnung kam.

### **Einstieg in den Strategiewechsel**

Personelle Veränderungen im Magistrat bereiten dann aber doch einem politischen Strategiewechsel den Weg. Mit dem - teilweise aus Altersgründen - Freiwerden mehrerer Magistratsposten, begann innerhalb der SPD ein „schleichendes“ Umdenken, sicher noch nicht im Sinne von politisch-inhaltlicher Abgrenzung als vielmehr von stärkerer Einflussnahme oder besserer Profilierung durch die Mehrheitspartei.

Konkreter Anlass war im Frühjahr 1966 zunächst das Ausscheiden des CDU-Kämmerers Klingler nach 20-jähriger Amtszeit. Hier greift der SPD-Oberbürgermeister Willi Brundert ein und besetzt die Kämmerei mit einem Mann aus den eigenen Reihen: Hubert Grünewald. Brundert lockte den damals 40-jährigen Ministerialdirigenten aus der Landesverwaltung in Wiesbaden mit der Zusicherung, dass er im Frankfurter Magistrat als Kämmerer eine Schlüsselstellung einnehmen werde.

Grünewald blieb nur bis Ende 1968 in Frankfurt. An seine Stelle trat im Februar 1969 Rudolf Sölch, wiederum von der SPD. -

Zum Ausgleich dieses „Verlustes“ der Kämmerei reklamierte die CDU (noch) erfolgreich, künftig den Bürgermeister stellen zu können. Demzufolge löste Wilhelm Fay (CDU), (der seit 1956 Magistratsmitglied und bis dahin Tiefbau- bzw. Wirtschaftsdezernent war) den lang gedienten SPD-Stadtrat Rudolf Menzer ab. Menzer war seit 1946 Magistratsmitglied und hatte zuletzt seit 1960 die Funktion des Bürgermeisters inne. Zwei Jahre zuvor – 1964 – war sein Versuch, das Amt des Oberbürgermeisters zu erringen, gescheitert. Inwieweit Menzer aus eigenem Antrieb oder von anderen getrieben die OB-Kandidatur anvisiert hatte, sei dahin gestellt.)

Menzer wurde damit endgültig aus dem Magistrat verabschiedet (und mit einem Landtagsmandat „getröstet“). Insgesamt schieden vier Mitglieder des Magistrats aus, jeweils zwei von SPD (Menzer und Blum) und CDU (Klingler und Prestel). Neu gewählt wurden zwei Dezernenten, jeweils einer von SPD (Grünewald) und CDU (Bachmann), so dass der Magistrat nur noch 7 Mitglieder hatte. Begleitet war diese Verkleinerung von einer Umverteilung der Zuständigkeiten, wobei die SPD einerseits insbesondere durch die Übernahme der Kämmerei an Bedeutung gewann, die CDU aber andererseits wieder den Bürgermeisterstuhl eroberte.

Im Ergebnis wurde Wilhelm Fay (CDU) mit der zusätzlichen Würde des Bürgermeisteramtes „aufgewertet“, zumal er durch die beiden plötzlichen Todesfälle, Brundert (1970) und danach Möller (1971), zeitweise der erste Mann im Magistrat wurde.

Zum Zeitpunkt der Kommunalwahl von 1968 (20. Oktober) wurde der Magistrat von folgenden Personen gebildet: Das Führungstrio, Oberbürgermeister Willi Brundert (SPD) seit 27.8.1964, Bürgermeister Wilhelm Fay (CDU) ab 7.7.66 und Kämmerer Hubert Grünewald (SPD) arbeitete auch schon vor der Wahl seit Juli 1966 zusammen.

Bei den anderen hauptamtlichen Dezernenten vollzog sich eine leichte Erneuerung: Die sechs Stadträte Ernst Gerhardt (CDU), Karl Bachmann (CDU), Hans Kampfmeyer (SPD), Walter Möller (SPD), Hans Kiskalt (SPD) und Karl vom Rath (FDP) waren über den Wahltermin hinaus weiter im Amt (die Stadträte werden jeweils für 6 Jahre gewählt und sind damit von Wahlterminen unabhängig). Neu in den Magistrat kam 1970 Peter Rhein (SPD), dessen Vorgänger Willy Cordt tödlichen verunglückt war.

Der Magistrat war damit letztmals als All-Parteienmagistrat konstituiert und hatte im Gewicht der Dezernate nur eine leichte Verschiebung zu Gunsten der SPD-Dezernenten vollzogen. Noch glaubte niemand wirklich daran, dass sich dies binnen zwei Jahren gründlich ändern sollte.